



Kommunalpolitische Eckpunkte

2009 bis 2014

DIE LINKE.Völklingen



Städte und Gemeinden sind die sozialen Orte, an denen sich die Bedürfnisse der Menschen nach Wohnen, Arbeit, Leben, Freizeit zuerst artikulieren. Wir, DIE LINKE.Völklingen, vertreten die Bedürfnisse der Menschen. Wir zeigen Wege auf, wie dem in der Kommune entsprochen werden kann und dass immer wieder ?von oben? gefordert werden muss. Im Saarland bedient sich die CDU-Landesregierung immer mehr an dem Geld, das den Gemeinden zusteht. Deshalb gehört es für uns auch zur Kommunalpolitik, die Interessen von Völklingen hörbar gegenüber Land und Bund zu vertreten.

Kommunalpolitik aus Sicht der LINKEN

Die gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse sind ständigen Veränderungen unterworfen. Nachhaltiges lokales Handeln setzt immer mehr globales Denken voraus. Immer stärker schlagen Entwicklungen in Europa auf die kommunale Ebene durch. Grundlegende Umbrüche in der gesellschaftlichen Produktion und in der Arbeitswelt bleiben nicht ohne Auswirkungen auf Rolle und Funktion der Kommunen.

Aber auch zurückgehende Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung, regionale Wanderungsprozesse und Migrationprozesse mit ihren demografischen Folgen führen zu weit reichenden Konsequenzen für die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

Die Schere zwischen wachsenden Aufgaben der Kommunen und ihren permanent eingeschränkten Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten wird immer größer. Mit der seit Anfang der 80er Jahre von den bürgerlichen Parteien betriebenen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik wird versucht, die Kommunen aus der unmittelbaren Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurückzudrängen. Wo Kommunalpolitiker sich dem zu widersetzen versuchten, wurde der Rückzug durch eine gemeindefeindliche Steuersenkungspolitik erzwungen. Der Anteil der Entgelte, Gebühren und Beiträge, derjenigen Gemeindeabgaben also, die vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch Leistungsbezieher der Sozialleistungssysteme ohne Rücksicht auf die Einkommenshöhe belasten, wird immer höher.

Die Kommunen sind von allen grundlegenden gesellschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer, Bundes- und Landesebene faktisch ausgeschlossen. Der Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung und seine Umsetzung im realen Leben fallen immer weiter auseinander. Dazu trägt auch das von CDU, SPD, FDP und Grünen getragene neoliberale Wettbewerbskonzept der Europäischen Union bei, in dem die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge einem verzerrten Kostendumping ausgesetzt werden.

Kommunen sind nicht in erster Linie Verwaltungsebenen, sondern Lebens- und Selbstentfaltungsräume für die Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb müssen auf der kommunalen Ebene politische, wirtschaftliche, soziale, juristische und finanzielle Freiheiten für die zivilgesellschaftliche Selbstentwicklung und Selbstverantwortung gesichert werden. Jede kommunalpolitische Entscheidung muss den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft entsprechen.

Die Menschen in den Mittelpunkt

Bürgernahe Politik bedeutet vor allem: Keine Sanierung öffentlicher Haushalte auf Kosten sozialer Leistungen. Deshalb werden wir weiteren Erhöhungen von kommunalen Entgelten, Gebühren und Beiträgen nicht zustimmen. Mit der permanenten Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte muß Schluss sein. Die Massenkaukraft muss gestärkt werden, um die Konjunktur zu beleben und um Arbeitsplätze zu sichern. Nur dadurch lassen sich die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden nachhaltig lösen, nicht durch Erhöhung von Steuern und Abgaben, aber auch nicht durch eine unsoziale Sparpolitik.

Wir werden dafür eintreten, daß die Stadt Bürgerinitiativen, die sich für kulturelle, soziale und ökologische Belange der Bürger einsetzen, nachhaltige Unterstützung erfahren.

Wir werden allen Privatisierungsplänen entschieden Widerstand entgegenzusetzen. Wir werden alles daran setzen, in den letzten Jahren erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen.

Wir werden uns dafür einsetzen, die volle, ungeteilte öffentliche Verantwortung für den Völklinger Verkehrsbetrieb wiederherzustellen.

Die Zerstückelung der Stadtwerke in unzählige Kleingesellschaften werden wir rückgängig machen. Wir werden alles daran setzen die Stadtwerke als leistungsfähige, ausschließlich am Gemeinwohl statt am Profit orientierte Einheitsgesellschaft wiederherstellen. Dann wird auch Schluss sein mit der undurchsichtigen Unternehmenspolitik. Kommunalpolitische Entscheidungen gehören in die Kompetenz des Stadtrats, nicht in die Aufsichtsräte!

Gegen die Privatisierung weiterer kommunaler Einrichtungen und gegen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums werden wir Widerstand leisten. Die zunehmende Armut in unserer Gesellschaft wirkt sich in Völklingen in besonderer Weise aus. Sie hat ein Ausmaß erreicht, in dem selbst die

Befriedigung des Grundbedürfnisses auch Ernährung nicht mehr für jeden gesichert ist. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Stadtküche, in der jeder bedürftige Einwohner unserer Stadt täglich eine vollwertige warme Mahlzeit erhalten kann. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die „Völklinger Tafel“ mehr Unterstützung erhält.

Arbeit ein elementares Grundrecht

Gesicherte Arbeits- und Ausbildungsplätze sind die wichtigste Voraussetzung für das Leben der Menschen in sozialer Sicherheit. Das bedeutet Verteidigung bestehender Arbeitsplätze, vor allem, wenn die Existenz von Menschen einer ganzen Region bedroht ist. Wir werden uns für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben einsetzen, um neue Arbeitsplätze und Lehrstellen zu schaffen.

Der Öffentliche Beschäftigungssektor muss gestärkt und damit die perspektivlosen 1 Euro Jobs bei Hartz IV ersetzt werden.

Die LINKE.Völklingen tritt dafür ein, bei der ARGE-Saarbrücken die Rechte der Beiräte zu erweitern. Sie sollen nicht nur Informationsrecht- sondern auch Vorschlags- und Antragsrecht erhalten. Betroffene sind einzubeziehen.

Als Stadt, in der traditionell viel Energie erzeugt wird begrüßt die LINKE.Völklingen die Ideen für den Bau eines modernen Gasturbinen- und Erdwärmekraftwerks. Dank zahlreicher Bundesprogramme lassen sich weitere Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien schaffen. Preiswerte Energie ist ein großer Standortvorteil für Wirtschaft und Privathaushalte!

Bildung als Schlüssel für die Zukunft

Eine menschenwürdige Gesellschaft muss vor allem die Förderung umfassender Bildung zum Ziel haben. Das bedeutet vollwertige Ganztagschulen mit ausreichendem pädagogischem Programm und Personal. Statt fragwürdiger Begünstigung einer Elitebildung ist breite Förderung junger Menschen notwendig, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir werden für die volle Beitragsfreiheit für Kindergärten und für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Plätzen in Kindertagesstätten eintreten.

Die LINKE.Völklingen hat die Stadtverwaltung aufgefordert alle Kosten für Schulbücher bei den Grundschulen zu übernehmen. Wir verweisen auf das Beispiel der Stadt Flöha in Sachsen. Der dortige CDU-Bürgermeister hatte

die Kosten für Lernmittel übernommen, wodurch es zu mehr Zuzügen nach Flöha kam und sich die Kaufkraft der Familien erhöhte.

In Völklingen stehen viele Wohnungen leer. Sie sollten als preiswerter Wohnraum für Studentinnen und Studenten genutzt werden. Das würde auch die Innenstadt beleben und den Freizeit- und Kulturwert unserer Stadt erhöhen.

Förderung von Freizeit und Kultur

Wir werden uns für eine bessere Unterstützung der Jugendarbeit, vor allem in den Kultur und Sport treibenden Vereinen, für die Verbesserung der Personalausstattung in den Jugendzentren, und für Hilfen für die Vereine bei der Unterhaltung von Einrichtungen, die der Kinder- und Jugendarbeit dienen, einsetzen.

Die LINKE.Völklingen verfolgt die Idee eines „Völklingen Haus“. Dem Weltkulturerbe „Völklinger Hütte“ ist es nur unzureichend gelungen, die Aufmerksamkeit der Besucher auf die Stadt und seine Einwohner zu lenken. Deshalb soll ein Haus aus der Gründerzeit das Leben der Menschen in der aufstrebenden Industriestadt verdeutlichen und Touristen, Heimat- und Historisch interessierte Menschen anlocken. So könnte ein Zentrum entstehen für sozialgeschichtliche Forschungen und Darstellungen in der Montanregion.

Völklingens erste urkundliche Erwähnung als Siedlungsgebiet ist älter als die anderer vieler anderer Orte wie z.B. Saarbrücken. Es war verantwortungslos die Grabungen auf dem Gelände des Alten Brühls zu beenden. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, die Grabungen weiterzuführen und die Idee eines Freilichtmuseums weiter zu verfolgen. Die Versprechungen von Klaus Lorig sich nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister 2003 dafür einzusetzen haben sich als glatte Wählertäuschung erwiesen.

Wir werden uns für eine bessere Ausstattung der Stadtbibliothek und des Stadtarchivs und für ein verbessertes Angebot der Volkshochschule, vor allem des gesellschaftlich-politischen Bildungsangebots einsetzen.

Umweltschutz und Lebensqualität

Bei allen Entscheidungen der Kommune müssen ökologischer Gesichtspunkte, das heißt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen berücksichtigt werden.

Das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs muß weiter verbessert werden. Dazu gehört der Anschluß unserer Stadt an das Saarbahnnetz. Die Tarife im ÖPNV müssen sozial gestaltet sein.

Die Stadtwerke Völklingen dürfen die Entwicklungen bei den Erneuerbaren Energie-Techniken nicht länger zu verschlafen. Sie müssen sich mehr als bisher für Energieeffizienz und Energieeinsparung einsetzen. Strom, Gas und Wasser müssen für die Menschen bezahlbar bleiben. Ein Tarifsysteem, bei dem Familien mehr bezahlen müssen, als gewerbliche und industrielle Großabnehmer, ist nicht akzeptabel.

Das Fern- und Nahwärmenetz muss ausgebaut werden, damit die Menschen Abwärme von Kraftwerken nutzen können. Der BUND für Umwelt und Naturschutz Saarland hat errechnet, dass dadurch jeder Völklinger Haushalt 150,- Euro im Jahr sparen würde.

Die Geschäftspolitik der VSE AG und der Saar Ferngas AG, die Geschäftsanteile an den Stadtwerken Völklingen halten, wird mittelbar immer stärker durch private Profitinteressen bestimmt. Sie müssen in vollem Umfang rekommunalisiert werden.

Das „Völklinger Fassadenprogramm“ sollte um ein Energiedämmprogramm erweitert werden und darf nicht auf ausgewählte Stadtteile beschränkt bleiben.

Die LINKE.Völklingen unterstützt die Forderung der IG Warndt- und Rosseltalbahn nach Erhalt und Ausbau der alten Bahntrasse und Erschließung für den Güterverkehr zum ehemaligen Bergwerk Warndtschacht. Darüber hinaus muss es möglich werden, schnell und preiswert mit Schienenbussen nach Saarbrücken zu gelangen. Der Anschluss ans französische Schienennetz eröffnet die Perspektiven eines grenzüberschreitenden Schienenkreisverkehrs. Völklingens Partnerstadt Forbach rückt noch näher heran.

Aktive Seniorinnen und Senioren sind ein Gewinn für Völklingen. Die Politik hat die Pflicht, sich darüber zu freuen, dass die Menschen länger leben. Uns ist es wichtig, diesen Prozess als Gewinn für jung und alt zu begreifen, denn viele der heutigen Seniorinnen und Senioren sind aktive, dem Leben zugewandte Menschen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir darauf hinwirken, dass städtische Planungen das Bedürfnis von Seniorinnen und Senioren, den Arzt, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur- und Sportstätten gut und barrierefrei erreichen können berücksichtigen.

Allen Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen wollen wir die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Völklingen ermöglichen. Entschieden treten wir jeglicher Diskriminierung in den unterschiedlichen Lebenssituationen entgegen. Vorhandene Benachteiligungen müssen überwunden werden. In allen Lebensbereichen ist Barrierefreiheit unser Ziel, damit Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglicht wird.

Ordnung beruht auf sozialer Sicherheit

Mehr denn je gilt es, die sozialen Wurzeln von Perspektivlosigkeit, Gewalt, Kriminalität und neonazistischen Aktivitäten aufzuspüren und zu beseitigen. Vandalismus, Sachbeschädigung, Pöbeleien und Schmierereien stoßen bei den Bürgern zu Recht auf Ablehnung. Derartige Vorkommnisse sind keine „Dumme-Jungen-Streiche“. Hier gilt es, Grenzen aufzuzeigen – auch mit Mitteln des Rechts. Das allein kann aber keine Lösung sein. Vermehrt müssen Angebote an Jugendliche gemacht werden, durch die sie ihre Persönlichkeit entwickeln und ihrer Kreativität Ausdruck verleihen, aber auch lernen können, was die wahren Ursachen von Perspektivlosigkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung sind. Dabei sind verstärkt Streetworker einzusetzen. Letztlich hilft aber nur Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen und keine Ausgrenzung sozial Benachteiligter, zuzulassen.

Wie keine andere Partei tritt Die LINKE.Völklingen entschieden gegen rechte Tendenzen auf. Jahrelang haben die Stadtverwaltung und CDU-Mehrheitsfraktion tatenlos zugesehen, wie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Völklingen an Boden gewinnen konnten. Wir werben für die Einrichtung eines „Runden Tisch gegen Rechts“ unter Einbeziehung aller demokratischen Organisationen. Die Initiative muss von der Stadtverwaltung ausgehen.

Völklingen ist eine bunte Stadt, doch es fehlt ein überzeugendes Integrationsprojekt für die in Völklingen lebenden Migrantinnen und Migranten, die aus unterschiedlichen Gründen gekommen sind. Mit ihren individuellen Erfahrungen, ihrem erworbenen Wissen und ihren Möglichkeiten sollen sie am gesellschaftlichen Leben Völklingens teilhaben, die kulturelle Vielfalt erweitern, die Wirtschaft stärken und die Zivilgesellschaft in unserem Lande mitgestalten. Die LINKE.Völklingen unterstützt Initiativen und Projekte, von Vereinen und Gruppen, die verbesserten Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten im Land dienen.

Finanzen sind das A und O

Ohne die erforderlichen Geldmittel können kommunale Aufgaben nicht bewältigt werden. Die Defizite unserer Städte und Gemeinden, auch das in unserer Stadt war nie ein Ausgabenproblem. Durch fragwürdige Sparmaßnahmen wurden dem gesellschaftlichen Leben schon jetzt irreparable Schäden zugefügt. Eine Besserung kann nur noch auf der Einnahmeseite erfolgen. Deshalb treten LINKE für eine grundlegende Gemeindefinanzreform ein, die den Kommunen langfristig ihre Handlungsfähigkeit sichert und zugleich verhindert, dass weitere Abstriche an Dienstleistungen für die Bürgerschaft gemacht werden müssen.

Die LINKE.Völklingen fordert: Schluss mit dem Meeresfischzucht-Unsinn auf dem ehemaligen Raffineriegelände in Fürstenhausen! Unkalkulierbare Faktoren lassen ein Fiasko befürchten. Eine Fraktion der LINKE.Völklingen wird sich nach den nächsten Kommunalwahlen dafür einsetzen dieses Projekt rückgängig zu machen. Statt dessen plädieren wir für eine Süßwasserfischzuchtanlage, wofür ein erfahrener Privatinvestor bereit stünde.

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Kommunalpolitik findet nicht unter einer Käseglocke statt., Einflüsse von außerhalb spielen eine großen Rolle. Die von der Landes- und der Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen beeinflussen auch die Entwicklung in unserer Stadt Das heißt aber nicht, dass alles geschluckt werden muss, was uns von den konservativen und neoliberalen Kräften in Saarbrücken oder Berlin aufgetischt wird. Im Gegenteil:

Widerstand gegen Militär- und Kriegspolitik, gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte, gegen den Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, gegen alte und neue Nazis, gegen die Superreichen mit ihren Lobbys und Handlangern, Eintreten für demokratischen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt ist notwendig, wenn kommunale Politik erfolgreich umgesetzt werden soll.

Die Bedürfnisse und Forderungen unserer Stadt wurde in den vergangenen Jahren von der CDU-Verwaltungsspitze und ihrer absoluten Stadtratsmehrheit, aber auch von den CDU-Abgeordneten im Landtag nicht oder nur zaghaft vorgetragen. Abgeordnete aus Völklingen müssen daran gemessen werden, wie sie die Belange unserer Stadt in Saarbrücken und Berlin vertreten. Wir meinen: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Verlässlichkeit und Engagement

Einsatzbereitschaft und Verlässlichkeit sind die wichtigsten Voraussetzungen, für eine fortschrittliche Politik in unserer Stadt.. Die LINKE.Völklingen kann in der kurzen Zeit ihres Bestehens auf gute Leistungen verweisen. Ob im Kampf gegen die Privatisierungsversuche der Völklinger Busbetriebe oder im Bemühen um Verhinderung der Meeresfischzuchtanlage in Fürstenhausen - immer stand die LINKE solidarisch an der Seite der Bürgerinnen und Bürger. Das wird auch in Zukunft so sein.,